

2000U 3009

Carmen Leicht-Scholten



Das Recht auf Gleichberechtigung im Grundgesetz

Die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
von 1949 bis heute

Campus Verlag
Frankfurt/New York

Inhalt

Einleitung	17
Gleichberechtigung: Verfassungsrechtliche und theoretische Hintergründe	21
Sozialer Wandel und Frauenleitbilder in Gesellschaft und Politik der Bundesrepublik	48
Soziale Realität und Verfassungsrechtsprechung	92
Teil A: Berücksichtigung des sozialen Wandels in den Entscheidungen des BVerfG	95
Teil B: Stagnation und Rückschläge der Gleichberechtigung durch die Verfassungsgerichtsbarkeit	155
§ 218 als Indikator für Gleichberechtigung in Selbstbestimmung und Menschenwürde	195
BVerfG als retardierendes Moment der Gleichberechtigung	230
Anhang	237
Literaturverzeichnis	251

Inhaltsübersicht

Vorwort	5
Inhalt	7
Abkürzungsverzeichnis	15
Einleitung	17
1. Gleichberechtigung: Verfassungsrechtliche und theoretische Hintergründe	21
1.1 Die verfassungsrechtliche Grundlage der Gleichberechtigung der Geschlechter – Art. 3 GG	22
1.2 Recht und Geschlecht - Annäherung an einen (nicht nur) theoretischen Diskurs	26
1.2.1 Der Fehlschluss: Gleichheit oder Gleichberechtigung oder die Frage nach der Geschlechterdifferenz	27
1.2.2 Die Einführung der Kategorie Geschlecht	31
1.2.3 Neubestimmung oder Auflösung der Kategorie Geschlecht? – Die feministische Theoriediskussion	34
1.2.4 Geschlecht im Recht – Ein praktikabler Ansatz für rechtliche Fragen?	35
1.3 Die Bedeutung von Art. 6 GG	40
1.3.1 Der Schutz der Familie	41
1.3.2 Der Zusammenhang zwischen Art. 3 GG und Art. 6 GG.....	42

1.4 Gestaltungsspielräume des BVerfG bei der Interpretation von Art. 3 Abs. 1 GG	43
1.4.1 Grundrechtsinterpretation	44
1.4.2 Grundrechtstheorien	45
1.5 Schlussfolgerungen für die Entwicklung eines Gleichberechtigungskonzeptes	45
 2. Sozialer Wandel und Frauenleitbilder in Gesellschaft und Politik der Bundesrepublik	48
2.1 Sozialer Wandel	48
2.2 Berichte der Bundesregierung über die Situation der Frau	50
2.2.1 Der Bericht der Bundesregierung über die Situation der Frauen in Beruf, Familie und Gesellschaft aus dem Jahre 1966	50
2.2.2 Der Bericht der Bundesregierung über die Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Frau aus dem Jahre 1972	55
2.2.3 Zwischenbericht der Enquêtekommission „Frau und Gesellschaft“ aus dem Jahre 1976	59
2.2.4 Die Lage der Familien in der Bundesrepublik Deutschland. Dritter Familienbericht aus dem Jahre 1979	63
2.2.5 Der Bericht der Enquêtekommission „Frau und Gesellschaft“ aus dem Jahre 1980	68
2.2.6 Vierter Familienbericht: Die Situation der älteren Menschen in der Familie aus dem Jahre 1986	71
2.2.7 Die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten und der Fraktion der SPD aus dem Jahre 1988	72
2.2.8 Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland – Zukunft des Humanvermögens - Fünfter Familienbericht aus dem Jahre 1994	74
2.3 Frauenleitbilder im Wandel	81
Exkurs: Institutionelle Frauenpolitik und Gleichberechtigungskonzepte der Parteien in der BRD	87
2.4 Bezugspunkte des sozialen Wandels	90

3. Soziale Realität und Verfassungsrechtsprechung	92
Teil A: Berücksichtigung des sozialen Wandels in den Entscheidungen des BVerfG	95
3.1 Formalrechtliche Stellung der Ehefrau in der Familie im Erbrecht und im Sozialrecht –	
Art. 6 Abs. 1 GG und Art. 3 Abs. 2 GG	95
3.1.1 Die Grundsatzentscheidung zum Verhältnis von Art. 3 Abs. 2 und Art. 6 Abs. 1 GG	96
3.1.2 Art. 6 Abs. 1 GG als verbindliche Wertentscheidung für den gesamten Bereich des Ehe und Familie betreffenden privaten und öffentlichen Rechts	99
3.1.3 Gleichbehandlung von Ehe und eheähnlichen Gemeinschaften bezogen auf die Bedürftigkeitsprüfung im Bereich der „Arbeitslosenhilfe“	101
3.1.4 Steuerliche Behandlung von Ehepaaren	104
3.1.5 Besteuerung von Alleinerziehenden im Vergleich zu Ehepaaren	109
3.1.6 Ehegatten-Arbeitsverhältnisse	114
3.1.7 Hinterbliebenenversorgung	115
3.1.8 Scheidungsrecht	118
3.2 Pflege und Erziehung der Kinder – Art. 6 Abs. 2 GG	122
3.2.1 Volle Gleichordnung von Vater und Mutter - Der Stichentscheid fällt -	122
3.2.2 Sorgerechtsregelungen	124
3.3 Mutterschutz - Art. 6 Abs. 4 GG	132
3.4 Das uneheliche Kind - Art. 6 Abs. 5 GG	134
3.5 Rentenansprüche von nicht erwerbstätigen Müttern	136
3.6 Rentenansprüche von erwerbstätigen Frauen	141
3.6.1 Ungleiche Rentenanzrechnung von Männern und Frauen	142
3.6.2 Altersruhegeld für Frauen	144
3.7 Art. 3 Abs. 2 GG – unabhängig von Art. 6 GG	147
3.7.1 Erbrecht – Höfeordnung	147
3.7.2 Arbeitsbedingungen von Männern und Frauen	148
3.8 Fazit	154

Teil B: Stagnation und Rückschläge der Gleichberechtigung durch die Verfassungsgerichtsbarkeit	155
3.1 Formalrechtliche Benachteiligung der Ehefrau in der Familie, im Erbrecht und im Sozialrecht	155
3.1.1 Ehe und Familiennamen	156
3.1.2 Die Frau als nicht berufstätige Hausfrau und Mutter	162
3.2 Die erwerbstätige Ehefrau und Mutter	164
3.2.1 Rentenansprüche von erwerbstätigen Frauen	165
3.2.2 Anrechnung von Kindererziehungszeiten im Rentenrecht	167
3.2.3 Abzugsfähigkeit von Kosten einer Haushaltshilfe	169
3.3 Die schwangere Frau	176
3.3.1 Grundrechtsschutz schwangerer Frauen gegenüber privaten Krankenversicherungen	177
3.4 Art. 3 Abs. 2 GG – Den Männern die Gleichberechtigung und ...den Frauen das Nachsehen	179
3.4.1 Aufhebung der Schutzrechte von Frauen	179
3.4.2 Formalrechtliche Gleichstellung mit realen Vorteilen für Männer	183
3.4.3 Feuerwehrschatzabgabe	187
3.4.4 Exkurs: Quotenregelungen - Auf dem Weg zum Ziel?	189
3.5 Fazit: Der biologische Unterschied „stört“ die Umsetzung der Gleichberechtigung durch Art. 3 Abs. 2 GG	193
4. § 218 als Indikator für Gleichberechtigung: In Selbstbestimmung und Menschenwürde	195
4.1 Die Entscheidung des BVerfG von 1975	196
4.1.1 Rechtsstatus des „werdenden Lebens“ und Schutzpflicht des Staates	198
4.1.2 Rechtsstatus der schwangeren Frau	205
4.1.3 Gesamtgesellschaftliche und politische Einordnung	208

4.2 Die bundesdeutsche Wirklichkeit des § 218 nach dem ersten und vor dem zweiten Urteilsspruch des Bundesverfassungsgerichtes	210
4.2.1 Die Umsetzung durch den Gesetzgeber: Die Indikationenregelung	210
4.2.2 Gesellschaftliche und politische Voraussetzungen zur Neuregelung des § 218	211
4.3 Die Entscheidung des BVerfG von 1993	214
4.3.1 Schutzpflicht und Lebensrecht des „ungeborenen Lebens“	215
4.3.2 Rechtsposition der schwangeren Frau	217
4.3.3 „ergebnisoffen aber zielorientiert – straflos aber rechtswidrig“	220
4.3.4 Gesamtgesellschaftliche und politische Einordnung	225
4.4 Die Bedeutung der Entscheidungen zum § 218 für die Gleichberechtigung von Männern und Frauen	228
 5. BVerfG als retardierendes Moment der Gleichberechtigung	230
5.1 Zusammenfassung	230
5.2 Ausblick	234
 Anhang	237
 I. Stichwortartige Auflistung der BVerfGE nach Themenbereichen	239
Ehe	239
Erwerbstätigkeit	241
Schwangerschaft und Mutterschaft	242

II. Auszüge aus dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vor 1990	243
III. Leitsätze der Entscheidung zum Schwangerschaftsabbruch von 1993	245
IV. Wortlaut von § 218 und § 219, alte und neue Fassung	248
 Literaturverzeichnis	 251
I. Quellen	251
II. Bibliographie	253